

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

289 (11.12.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 550 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 60 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruhern Abgaben abgeholt 610 M monatlich. Einzelheft 20 M. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einpaltige Kolonelle 40.-M, auswärts 50.-M. Die Melamegeile 150.-M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif.— Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Eröffnung der Londoner Konferenz

Erster Sitzungstag — Die Minister unter sich

Der Sonderberichterstatter der Sabasagentur meldet aus London: An den Beratungen der heutigen Vormittags-Sitzung haben die Minister teilgenommen; die Sachverständigen wohnten ihr nicht bei. Benard erklärte, er und seine Kollegen hätten die Verpflichtung übernommen, der Presse vor heute abend keine Erklärungen abzugeben. Die Konferenz ging um 2 Uhr auseinander und wird um 4 Uhr ihre Verhandlungen wieder aufnehmen. Die Sachverständigen werden auch dabei nicht zugegen sein.

Paris, 10. Dez. Ueber den Verlauf des gestrigen ersten Tages der Ministerkonferenz in London glaubt Sabas, obwohl alle Delegationen das strengste Geheimnis wahren, mitteilen zu können, wie es scheint könne der französische Standpunkt dahin formuliert werden, daß Deutschland höchstens für zwei Jahre ein Zahlungsaufschub für seine Goldzahlungen gewährt werden könne; während dieser Zeit könnten Sachlieferungen, wenn auch in geringerer Ausdehnung erfolgen. Die deutsche Regierung müsse in kurzer Frist die gesetzlichen Maßnahmen erklären, um die deutschen Finanzen zu sanieren. Ein Kredit von einer halben Milliarde Goldmark, zu dem eine gleich hohe Summe aus dem Goldbestand der Reichsbank kommen müsse, werde Deutschland für die Stabilisierung der Mark zur Verfügung gestellt werden. Um eine Bürgschaft für die Ausführung dieser Reformen zu besitzen, würden die Alliierten 25 vom Hundert der deutschen Ausgabe und die Zollmaßnahmen erheben sowie die Bergwerke des Ruhrgebietes kontrollieren.

Mussolini hat der Konferenz eine Note überreicht, in der er die Überzeugung ausdrückt, daß, wenn ein Zahlungsaufschub gewährt werden würde, dieser nur gegen gewisse Bürgschaften gewährt werden könnte. Mussolini sei jedoch ein Gegner militärischer Druckmittel. Benard habe die französischen Vorschläge in sehr gemäßigter Form kritisiert. Er betrachte die Aufrechterhaltung der Entente cordiale als grundlegendes Notwendigkeit. Er müsse aber auch mit der öffentlichen Meinung in Großbritannien rechnen, die in ihrer Mehrheit jeder Zwangsmaßnahme gegenüber Deutschland feindselig gesinnt sei. Auch England lehne sich unter den Folgen des Krieges. Es sei weit davon entfernt, das deutsche Reich von seinen Verpflichtungen befreien zu wollen, es wolle Zahlung verlangen, aber im Rahmen des Möglichen. Die gegenwärtige englische Regierung werde eine verschärfte Kontrolle der deutschen Finanzen aufheben und sicher der Erhebung von 25 vom Hundert vom Werte der deutschen Ausgabe und der deutschen Zollmaßnahmen zustimmen.

Die Sühneforderungen

Paris, 10. Dez. Wie die Agence Havas berichtet, ist die Antwort der deutschen Regierung an die Vorkonferenz über die Zwischenfälle in Passau und Ingolstadt heute nachmittags in Paris übermittelt worden. Die deutsche Regierung erklärt, daß sie allein berechtigt sei, die Entschuldigungen auszusprechen, die verlangt würden. Sie erklärt weiter, daß sie die Bürgermeister in ihrer Eigenschaft als Polizeichefs nicht abschieben könne, da sie keine Beamte seien, sondern gewählte Organe autonomer Verwaltungen. Die deutsche Regierung teilt mit, daß sie die verlangte Summe von einer Million Goldmark zur Verfügung der alliierten Militärkontrollkommission stelle.

Die Reichsregierung wird also unter dem Druck der außenpolitischen Lage sich bereit erklären, die von der Entente geforderte 1 Million Goldmark als Sühne für Ingolstadt und Passau zu zahlen. In anbezug der Situation ist dagegen nichts einzuwenden. Aber man muß doch die Frage aufwerfen: Welche Garantien gibt Bayern dem Reich, daß in Zukunft ähnliche Vorkommnisse sich nicht mehr ereignen? Diese Frage muß gestellt werden, zumal der bayerische Innenminister anlässlich der erst vor wenigen Wochen im bayerischen Landtag stattgefundenen Debatte über das Treiben der Nationalsozialisten kein Wort der Kritik, nicht ein Wort der Beurteilung der bisherigen Schandtaten der Hitler-Garden zu finden wußte. Da die Hitler-Garden den Ausgangspunkt aller Schandtaten bilden, die das Ausland und das deutsche Volk bisher vernommen, ist in anbezug der Stellungnahme Schwabers zu den nationalsozialistischen Treibern zu erwarten, daß das Reich auch in Zukunft die Steuern seiner Steuerzahler bereithalten muß, um auf neue Mißstände finanziell abzugeben. Dem muß jetzt notwendig vorgebeugt werden. Wir müssen wenigstens verlangen, daß endlich die Hundertschaften Hitlers, die einen wesentlichen Teil der früheren Ehrhardt-Brigade in sich schließen, aufgelöst werden. Schluß endlich mit den Schieß-Übungen, mit der Organisation von Sturmabteilungen und allem, was drum und dranhängt. Erst, wenn man diesem Treiben ein Ende macht, hat das Reich eine gewisse Garantie dafür, daß Vorkommnisse, wie sie das deutsche Volk jetzt teuer bezahlen muß, sich in Zukunft nicht mehr ereignen.

Drohungen gegen die deutsche Presse

Paris, 9. Dez. Nach einer Sabasmeldung aus London hat die Interalliierte Oberkommission in ihrer Sitzung vom 7. Dezember einen kürzlich erschienenen Artikel

Weiter berichtet Sabas, in der Nachmittags-Sitzung wurde die Frage der alliierten Schulden angesprochen. Benard habe versichert, daß die britische Regierung, ohne die amtliche Ansicht Americas abzuwarten, einen Erlaß der Summen zu bewilligen bereit sei, die die alliierten Mächte England schulden, vorausgesetzt, daß ein solches Opfer zur Lösung des allgemeinen Reparationsproblems beitragen könne. Anschließend eröffnete sich nach dieser Richtung, wie Sabas hervorhebt, eine Möglichkeit hinsichtlich der Liquidierung der europäischen Postämter, deren Erörterung die Balkan-Rote im August dieses Jahres vermindert habe. Am Schluß der Londoner Sabasmeldung heißt es, wie man sehe, seien die französischen und die britischen Auffassungen noch ziemlich weit von einander entfernt, aber im Gegensatz zu den letzten Konferenzen könne man eine allgemeine Lösung erhoffen, da die Vereinbarungen mit gutem Willen fortgesetzt würden.

Der deutsche Vorschlag

Berlin, 10. Dez. Entsprechend ihrer Absicht, in der Reparationsfrage eine Politik der Aktivität, der Aufmerksamkeit und geschäftlichen Klarheit zu betreiben, hat die deutsche Regierung zu Beginn der Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten einen Schritt in London unternommen. Sie hat die Schwierigkeiten einer endgültigen Lösung der Reparationsfrage nachdrücklich betont und, um eine solche Lösung durch zweckmäßige Vorschläge anzubahnen, in Ausführung der Note vom 14. November ein System der inneren und äußeren Anleihen zur Erörterung gestellt. Das System der Anleihen soll je nach der Höhe des Zahlungsergebnisses bis zu 5 Jahren betragen. Außerdem soll Deutschland im Sinne der Note vom 14. November für die Dauer des Reparationsaufschubs von allen sonstigen Lasten des Vertrags von Versailles befreit und seine wirtschaftspolitische Gleichberechtigung wieder hergestellt werden. Der Vertrag der Auslandsanleihen soll gegen den Ertrag der Inlandsanleihen zur Hälfte der Reparationskommission zur Verfügung gestellt werden. Die andere Hälfte der Inlandsanleihen soll zur Stabilisierung der Mark und zum Ausgleich des Reichshaushalts dienen.

Abgelehnt?

Paris, 10. Dez. Der Sonderberichterstatter der Sabasagentur berichtet aus London: Die Besprechungen der alliierten Premierminister, die um 3 Uhr nachmittags begonnen haben, gingen um 6 Uhr zu Ende. Die Vorschläge der deutschen Regierung, die gestern dem Forreign Office übermittelt wurden, sind an erster Stelle geprüft worden. Es wurde einstimmig entschieden, daß sie nicht die Grundlage einer Verständigung bilden können.

des „Karlsruher Tageblatts“ zur Kenntnis genommen, in dem für Anfang Januar eine Ausstellung mit dem Thema „Die Not der Rheinländer“ angekündigt wurde. Nach der Sabas-Agentur soll das Blatt dabei für die Befragung beabsichtigende Ausdrücke gebraucht haben, weshalb die Oberkommission auf Vorschlag des französischen Oberkommissars dem Reichskommissar mitteilte, daß derartige Tatsachen sie nur in ihrer Absicht bestärken könnten, angesichts dieses neuen Beweises für die Unfähigkeit der Reichsbehörden, der „Enteignungslampagne“ in gewissen deutschen Zeitungen ein Ende zu machen, selbst Strafmaßnahmen gegen die deutsche Presse zu verhängen.

Vor einer Verdoppelung des Brotpreises?

Berlin, 9. Dez. (Priv.-Tel.) Die in dem Getreideantrag vorgezeichnete Preisobergrenze wird am Montag unter dem Vorbehalt des Reichsernährungsministers zusammenzutreten, um den Preis für das zweite Drittel der Getreideumlage festzusetzen. Die Landwirtschaft verlangt eine dreifache Erhöhung des bisher für das erste Drittel festgesetzten Preises von 29 000 M. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß die Forderung der Landwirtschaft nicht reif ist, aber zu einem wesentlichen Teil anerkannt wird, sobald für Januar wieder mit der Verdoppelung des gegenwärtigen Brotpreises zu rechnen ist.

Todesurteil

Frankfurt (Main), 9. Dez. Das Schwurgericht verurteilte gestern gegen den Artisten Valentin Orth, den Kandidaten Hubert Kolberg, welche zusammen mit dem Landtagsabgeordneten Franz Hagenrath den aus Belgien vertriebenen 60jährigen Johann Baptist Wiltner in dessen Wohnung ermordet und bestattet hatten. Der Ermordete wurde erst acht Tage später aufgefunden. Orth wurde wegen Raubmord zum Tode, Kolberg wegen Beihilfe zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Hagenrath, der anstehend der Haupttäter ist, konnte noch nicht festgenommen werden.

Sinrichtungen in Irland

London, 9. Dez. Zwei der hervorragendsten irischen Reellenführer Lord Cowanor und Liam Mellous sind heute verhaftet worden. Die beiden sind in Dublin verhaftet worden. Ähnlich wird erklärt, daß es sich um eine Vergeltungsmaßnahme des letzten ermordeten Deputierten O'Connell und eine feierliche Warnung an diejenigen handle, die sich gegen das irische Volk vergangen hätten.

Tatsachen

Die Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien

Zur Beurteilung der neuesten Steuerlegislation unter der Regierung Cuno, wie sie in den Beschlüssen des Steuer-ausschusses des Reichstages vom Donnerstag zum Ausdruck kommt, unterbreiten wir unsern Lesern folgende Tatsachen und Zahlen, die für sich selber sprechen:

1. Die fortschreitende Geldentwertung bedeutet eine ständig wachsende steuerliche Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger, auf der anderen Seite aber eine geradezu ungeheuerliche Entlastung der Besitzenden. Zum Beweis dafür folgende Zahlen:

Ein gutbezahlter kaufmännischer Angestellter in der Berliner Industrie, der verheiratet ist und zwei Kinder hat, bezog im Januar 1922 2800 Gehalt. Der Steuerabzug betrug dafür 135 M. Das waren 4,8 Prozent des Gehalts. Infolge der Geldentwertung war sein Gehalt im Dezember auf 88 640 M gestiegen. Davon betrug der Steuerabzug 8535 M. Das sind 9,6 Prozent. Mit anderen Worten: Infolge der Geldentwertung hat sich seine steuerliche Belastung verdoppelt.

Im Vergleich dazu betrachten wir die Verhältnisse eines Gewerbetreibenden, der im Jahre 1922 auf ein Gesamteinkommen von einer Million Mark kommt. Es wird vorausgesetzt, daß sich sein Einkommen von 1921 zu dem Einkommen von 1922 verhält wie das Januar-Gehalt des Angestellten zu seinem Gesamteinkommen für 1922. Danach würde sein Einkommen für 1921 auf 122 000 M zu berechnen sein. Er hat im Laufe des Jahres 1922 in vier Terminen Vorauszahlung auf die Einkommensteuer von 1922 entrichtet auf Grund seiner Steuererklärung für 1921. Diese vier Raten betragen zusammen 13 300 M, während der Angestellte, der im ganzen Jahre 1922 nur auf ein Gehalt von insgesamt 273 975 M gekommen ist, im selben Jahre 1922 21 733 M Steuern bezahlt hat. Wie der Gewerbetreibende durch die Geldentwertung in seiner Steuerzahlung begünstigt wird, geht weiter daraus hervor, daß er seine erste Rate im Februar 1922 mit 16,5 Dollar begleichen mußte, für die Begleichung seiner letzten Rate aber nur noch 0,4 Dollar gebraucht.

Infolge der Geldentwertung ist der Anteil der Lohnsteuer am Gesamteinkommen der Einkommensteuer beständig gestiegen. Im Jahre 1920 betrug er nach den Angaben des Finanzministeriums ein Fünftel, im Jahre 1921 ein Drittel des Gesamteinkommens. Für die letzten Monate des Jahres 1922 gibt das Finanzministerium folgende Zahlen an: Für August 50,9 Proz., für September 58 Proz., Oktober 67 Proz. Aber diese Zahlen enthalten noch starke Ungenauigkeiten. In den Angaben von den Veranlagungspflichtigen sind rückständige Steuerleistungen aus den Jahren 1920 und 1921 enthalten; sie sind also zu hoch. In den Zahlen für die Lohnsteuer sind aber nicht alle tatsächlichen Leistungen der Arbeitnehmer enthalten, da viele Betriebe die Steuerbeträge monatlich zurückhalten und nur vierteljährlich mit den Finanzämtern verrechnen. Die Angaben für den Lohnabzug sind also zu niedrig. Deshalb kann man ohne Übertreibung sagen, daß im Monat Dezember etwa neunzehntel des Gesamteinkommens der Einkommensteuer von den Lohn- und Gehaltsempfängern aufgebracht wird.

2. Die Beschlüsse des Steuer-ausschusses haben diese Begünstigung weiter verschärft. Die Novelle zum Einkommensteuergesetz hat in Verbindung mit der Neuordnung der Abzüge eine Abänderung des Einkommensteuertarifs vorgenommen, der eine weitere Begünstigung der Veranlagungspflichtigen darstellt. In dieser Verbindung liegt bereits eine große soziale Ungerechtigkeit. Die Tarifermäßigungen treten nämlich rückwirkend in Kraft, d. h. sie gelten für die Steuerzahlung, die für das Jahr 1922 von dem Veranlagungspflichtigen noch nachträglich zu entrichten ist. Die höheren Abzüge der Lohn- und Gehaltsempfänger aber werden erst im Jahre 1923 wirksam, sie sind nicht rückwirkend.

Wie stark die Ermäßigung der Tarife ist und wie sie auf die Veranlagungspflichtigen wirkt, zeigt die nachfolgende Tabelle:

Einkommen 1922	Steuerleistung nach dem Tarif v. Dez. 1921	Beschlässe des Ausschusses	Differenz
600 000 M	205 500 M	75 000 M	130 500 M
1 000 000 "	385 500 "	155 000 "	230 500 "
1 500 000 "	635 500 "	270 000 "	365 500 "
2 000 000 "	910 500 "	430 000 "	480 500 "
3 000 000 "	1 510 500 "	804 000 "	696 500 "
4 000 000 "	2 110 500 "	1 224 000 "	886 500 "
5 000 000 "	2 710 500 "	1 644 000 "	1 066 500 "

Zur Erläuterung folgendes: Wir haben dieser Tabelle den Einkommensteuertarif zugrunde gelegt, wie er im Dezember 1921 beschlossen wurde und bis zum Juli 1922 gültig war. Mit diesem Tarif waren von Januar 1922 bis zum 1. August 1922 die ebenfalls im Dezember 1921 beschlossenen Steuerabzüge für Lohn- und Gehaltsempfänger in Kraft. Aufgrund dieser Gesetzgebung von

1921 haben die Lohn- und Gehaltsempfänger bis zum 1. August ds. Jrs. ihre Steuern bezahlt. Die Veranlagungspflichtigen haben ihre Steuervorauszahlung ebenfalls aufgrund des Tarifes von 1921 gemacht. Dieser Tarif ist also die einzig mögliche Vergleichsgrundlage, von der man bei der Bewertung der jetzigen Gesetzgebung ausgehen kann. Im Juli des Jahres 1922 wurden die Steuerabzüge für Lohn- und Gehaltsempfänger und der Steuerabzug für die Abänderung des Steuerabzugs in von praktischer Bedeutung überhaupt nicht gewesen, da der geänderte Tarif nur in sehr wenigen Fällen zur Anwendung gekommen ist.

Die Wirkung der jetzigen Abänderung des Tarifs wird weiter erläutert durch folgendes Beispiel: Der Veranlagungspflichtige mit einer Million Jahreseinkommen im Jahre 1922 hätte nach dem Tarif von 1921 885 500 M Steuern oder 88,5 Proz. seines Einkommens zu zahlen gehabt. Nach der Neuregelung zahlt er nur noch 155 000 Mark gleich 15,5 Proz. seines Einkommens. Die Ermäßigung, die er durch die Neuregelung erhält, beträgt 23 Proz. seines Einkommens.

Der Berliner Angestellte hätte nach dem Tarif von 1921 69 650 M gleich 25,4 Proz. seines Einkommens zu zahlen. Er hat tatsächlich gezahlt 24 733 M. Die Differenz infolge der Neuregelung beträgt bei ihm nur 16 Prozent seines Einkommens. Dazu kommt folgendes: Der Angestellte hat im Laufe des Jahres 1922 seine gesamte Steuerhuld mit 9,4 Proz. seines Einkommens bereits restlos beglichen. Der Veranlagungspflichtige mit einem Einkommen von einer Million Mark hat von seiner Steuerhuld im Jahre 1922 noch nicht den zehnten Teil, nur einen Betrag von 1,3 Proz. seines Einkommens, bezahlt.

3. Diese Regelung der Einkommensverhältnisse ist ein schreiendes soziales Unrecht. Sie bedeutet aber außerdem eine beträchtliche Ermäßigung der Einkommensteuer der leistungsfähigen Schichten zum Nachteil der Reichsfinanzen. Wie groß der Einnahmefall ist, den das Reich durch diese Regelung erleidet, läßt sich ziffernmäßig nicht genau angeben. Eine neue Einkommenstatistik liegt noch dem Krieg noch nicht vor und ist angesichts der steigenden Geldentwertung auch fast unmöglich. Es läßt sich nur angeben, welche Ermäßigungen für ein Einkommen in einer bestimmten Einkommensklasse eintreten, wie wir es in unserer Tabelle unter 2 getan haben. Aber schon eine solche Zusammenstellung läßt Schlüsse zu auf den Einnahmefall des Reiches.

4. Diese Ermäßigung der Einkommensteuer der Veranlagungspflichtigen ist der Hauptgrund dafür, daß in der nächsten Zeit die Steuern, die auf den Massenbedarf fallen und die Geldentwertung wiederum steigern, noch erhöht werden. Die Beschlüsse des Steuerausschusses des Reichstages zur Einkommensteuer sind das Vorbild zur Erhöhung der Umsatzsteuer und der Wohnungsbauabgabe! Aus den Ländern und den Gemeinden kommen fortgesetzt Notkreise an Regierung und Parlament über die unerträgliche Finanznot. Die Steuerpolitik, wie sie die bürgerlichen Parteien jetzt eingeleitet haben, ist eine Verschärfung der Notlage der Länder und Gemeinden.

Das Programm der Regierung kumulo sprach von schweren Opfern, vor denen die Leistungsfähigen nicht zurückweichen dürften. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache als die Worte der Regierungserklärung. Die bürgerlichen Parteien haben für die Leistungsfähigen die Einkommensteuer ermäßigt. Der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis tritt in den von uns angeführten Zahlen und Tabellen so klar zutage, daß jedes Wort der Kritik überflüssig ist.

Die Beziehungen der Kommunisten an kontrevolutionären Organisationen

Dem früheren kommunistischen bayerischen Landtagsabgeordneten Graf, der vor einiger Zeit zur WSP übergetreten ist, ist nachgefragt worden, er habe von der

Hinter Pflug und Schraubstock

Wagen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs
Von Max Egih
(Fortsetzung.)

Wir waren auf dem kleinen Bahnhof angelangt und konnten unter dem Schutz des Gebäudes ruhiger sprechen. Nach und nach schied mein Vorschlag ernstlicher zu überlegen. Ich schilderte ihm die platonischen Freuden von Kairo und die bewundernswürdigen Genüsse einer Nilfahrt. Dann, wenn es im Frühjahr für die Kinder zu heiß würde, könnte die kleine Karawane über Kriest zurückkehren und ein paar Monate in seiner alten Heimat und den steirischen Alpen zubringen. Wenn er dann nicht als ein neugeborener Mensch England erreiche und lebend über alle seine Erüden schreiben könne, wolle ich meinen Kopf und jede beliebige andere Wette verlieren, die er nur vorschlagen möge.

Der höfliche Stationsvorstand teilte uns mit, daß der aus Newcaste erwartete Zug zehn Minuten Verspätung habe, wahrscheinlich infolge des Sturms, der ihm fast in die Zähne bläse. Wir sahen uns deshalb in den kleinen kalten Wartsaal, den eine schwebende Petroleumlampe düster erleuchtete. Als einziger Platz hingen an den Wänden, in schwarzen Rahmen, zwei Bilderrahmen und ein Fahrplan. „Wohin o Mensch, daß du dahin mußt“, lautete der erste, der für eine kleine Baumstamm herumging. Der zweite ergriff mich an dieser Stelle demüthig: „Der Tod ist der Einzige Sold.“ Eine spanische Axt hätte kaum einen weniger erheiterten Eindruck machen können. Trotzdem ließ ich mich nicht abschrecken. Stolz besah ich mich umher.

„Ich glaube, du hast recht!“ sagte er müde, mit einer Erinnerung an sein altes Rädeln auf den eingelassenen Rücken. Dann plötzlich aufstehend, fuhr er fort: „Bei Gott, ich glaube, du kannst recht haben, Egih. Vielleicht ist alles nur ein häßlicher Traum, der aus dem Regen kommt. Mein Magen ist so wie so nicht mehr in Ordnung. Ich will mich überlegen.“

„Überleg dir nichts, alter Freund“, mahnte ich dringend. „Mit dem Überlegen bist du in deinen elenden Zustand hineingeraten und kommst in deinem Leben nicht mehr heraus. Du brauchst keine Luft, leichte Kost, eine brüdenlose Umgebung und

berichtigten Organisation Oberland Gelder für die kommunistische Partei angenommen. Der vom Sozialdemokratischen Verein München in Sachen Graf-Oberland eingeleitete Untersuchungsausschuß hat nach eingehender Prüfung folgendes festgestellt:

1. Landtagsabgeordneter Graf hat im Auftrag der Zentrale der SPD, deren bereits bestehenden Beziehungen zu nachgeordneten Führern des „Oberland“ weitergepflegt.

2. Graf hat von Josef Hömer im Einvernehmen mit der Zentrale der SPD, 350 000 M erhalten, deren Verwendung für die „Neue Zeitung“ einwandfrei nachgewiesen ist.

3. Die Zentrale der SPD, war über die politische Linie des Abg. Graf und Herkunft der Mittel zur Wiederherausgabe der „Neuen Zeitung“ genau unterrichtet. Sie hat auch über die „Neue Zeitung“, solange nach außenhin Graf ihr Herausgeber war, eine vollständige Kontrolle ausgeübt.

Wir sind überzeugt, daß Graf nicht der einzige Kommunist ist, der enge Beziehungen zu reaktionären Organisationen und Führern unterhält. Die Arbeiter, die immer noch gulläubig kommunistischen Leitoren nachlaufen, werden da noch interessante Ueberraschungen erleben.

Genossenschaftsbewegung

Der neue Verbandpräsident der bad. landw. Genossenschaften, Landwirt Oswald Seitz in Sodenheim, wurde vom Verbandsausschuß zum Verbandspräsidenten des etwa 1080 Genossenschaften und Vereine mit über 125 000 Mitgliedern zugehörigen Verbandes bad. landw. Genossenschaften (Körperschaft) in Karlsruhe gewählt. Seitz ist Nachfolger des im November v. J. verstorbenen Verbandspräsidenten und Landtagsabgeordneten Red in Eggenstein.

Gewerkschaftliches

Die Buchdrucker zum Industrieverband

Im Verband der Deutschen Buchdrucker wurde auf Beschluß der letzten Generalversammlung, der mit 89 gegen 62 Stimmen gefaßt war, eine Abstimmung unter den Mitgliedern über die Frage des organisatorischen Zusammenschlusses zum Gewerkschaftlichen Industrieverband vorgenommen. An der Abstimmung beteiligten sich 56 068 Verbandsmitglieder, die 58 349 Stimmen abgaben, wovon 21 353 für den Industrieverband und 34 996 dagegen stimmten. Der vierte Teil der Mitglieder (35,4 Prozent) hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Diese Enthaltungen sind sicherlich keine Anhänger des Industrieverbandes, allein sie zählen nicht mit, da sie sich selber ausschalteten. Den Befürwortern mit 37,06 Prozent stehen 62,06 Prozent der Abstimmenden entgegen. Es wird also zu nächst bei dem Gewerkschaften Kartell bleiben.

Die Buchdrucker stehen noch vor der Abstimmung ihrer Mitglieder, während die Lithographen und Steinbrucker eine Abstimmung ihrer Mitglieder für überflüssig halten da sie unbedingte Anhänger des Gewerkschaftlichen Industrieverbandes sind. Die Buchdruckererziehungsvereine können erst auf ihrer nächsten Generalversammlung beschließen. Durch die Entscheidung der Buchdrucker ist der Zusammenschluß zu einem Industrieverband auf einige Jahre verjagt.

Gemeindepolitik

Sulzfeld. Die Gemeindewahl am gestrigen Sonntag hatte folgendes Ergebnis: Reinigste Sozialdemokratie 332 St. = 3 Sitze, Landw. 278 St. = 3 Sitze, Bürgervereineigung 201 St. = 2 Sitze, Kommunisten 70 St., Keinen Sit.

Konstanz. Der Stadtrat hebt ab 31. Dezember die Rindergärten auf, weil die Stadt nicht mehr in der Lage ist, auch nur die bisher gewährten Zuschüsse zu leisten. — In Konstanz sollen künftig Ausländer nur solche Wohnungen im Stadtbezirk beziehen dürfen, die sie durch eigenen Anbau oder Stadtwerkstätten ohne Benützung der öffentlichen Wasserversorgung beschaffen haben. — Das Zentrum hat im Stadtrat beantragt, daß dem pensionierten Bürgermeister G. u. L. das städt. Ruhegehalt entzogen wird, weil er seit drei Jahren seinen Beruf als Rechtsanwalt wieder ausübt; der Antrag stützt sich auf § 51, 4 des badischen Beamtengesetzes. (Einstellung des Ruhegehaltsbezugs nach zweijähriger Ausübung einer Tätigkeit.)

einen andern Himmel über dir, das ist der ganze Witz. Klarste mir, ich sah schon zweimal in der gleichen Finte und wäre so überlarmt wie du, wenn ich nicht von einem gütigen Geschick und meinem Geschick von Zeit zu Zeit in alle Weiten hinausgeschleudert würde, als ob ich auf einer Dynamitbombe gesessen hätte. Das tut gut. Morgen Abend bin ich in London. Sag mich deine Villetta nach Alexandria befragen. Paris, Brindisi, nicht wahr? Abgemacht!

„Du bist noch der alte!“

„Und du mußt es wieder werden. Abgemacht!“

„Abgemacht! Wahrhaftig, es fällt mir ein Stein vom Herzen.“ sagte er aufstehend, wie wenn er eine wirkliche Last abwürfe. „Ich glaube mit den einzigen Stimmern in diesem Hundestoma hätte ich den Dezember nicht mehr durchlebt. Es ist mir seit sechs Monaten zum erstenmal wieder wie Sonnenchein ums Herz. Geht, alter Freund, tatsächlich leidet! Meine Frau wird eine sinnliche Freude haben, wenn sie von dem Plan hört. Sie hat natürlich keine Ahnung davon; wachte ich ja selbst nicht vor einer Stunde. Eyh, ich glaube du hast ein gutes Werk getan.“

„Ich hoff'!“ entgegnete ich; aber selbst keine freundliche Aufregung gefiel mir jetzt nur halb. Er sprach wie im Fieber: „Die Sitzung in Rebböten ist morgen vormittag um elf Uhr zu Ende.“ fuhr er heilig fort. „Ich gebe mit dem nächsten Zug nach Richmond, um alles Nötige in Bewegung zu setzen. Du weißt nicht, was es heißt, eine Kamille auf sechs Monate einzupacken. Und dann fort, hinaus in eine andere Welt. Du bist doch sicher, daß das Wetter in Ägypten jetzt paradiesisch ist — still — mild! Ich muß Licht haben und Luft, und ein Land, in dem der Sonnenchein nicht aufhört.“

„Darauf kannst du rechnen. Das ist eben das Schöne dort, daß man sich herausheilen kann!“ sagte ich, als mich das Rollen des herankommenden Zuges unterbroch. „Stoß grüß nach deinem Gepäck. Ich brauche einige Anstrengung, um die Züge des Wartsaals auszuflößen, die der Windbrand hinter uns mit einem lauten Brauch wieder schloß. Im gemächlichen Augenblick schraubte das schwarze, tiefende Ungeheuer mit seinem zwei Feuerzungen an uns vorüber, und meine Rauchföhne flatterte über die Plattform. Der Stationsvorstand öffnete eine Wagentüre und hielt sie mühsam mit beiden Händen. Stoß sprang ein, und der Sturm schlug sie zu.“

Indische Politik

Der Nationalsozialismus und die bürgerliche Presse

Wenn es sich um prinzipielle Fragen in der Politik handelt, ist ein Teil der bürgerlichen Presse immer in Verlegenheit, weil ihm ein festes politisches Programm fehlt. Er gibt deswegen allen möglichen Whantastereien und unklaren Kritikalereien Raum. So gehen zurzeit zwei Artikel durch eine Anzahl Zeitungen Nord- und Südbadens, betitelt: „Ein Abend bei Adolf Hitler“ und „Der Nationalsozialismus“, in dem der Verlauf einer Münchener Versammlung mit Adolf Hitler als Referent geschildert und dem neuen Geistigen der politischen Wirrköpfe ostentativ Besfall gependet wird. Im Artikel: „Nationalsozialismus“ wird diesem eine gewisse Zukunft prophezeit, aber doch auch schwere Bedenken erhoben, weil er unentgeltliche Enteignung von Grund und Boden fordert. Das Letztere macht die Leser der bürgerlichen Presse stäubig und deswegen rückt man wieder etwas vom Nationalsozialismus ab.

Nun lassen sich Arbeiter von dem Schlagwort: Nationalsozialismus sicher nicht gefangen nehmen, wohl aber junge Leute mit höherer Schulbildung, denen politische Erziehung und Erfahrung fehlt und die sich beruhen an schweifigen Reden und geheimnisvollen Plänen, weiter Unzufriedene aller Art, die vom Weizen und Wirken der Politik, von den wirtschaftlichen Kräften des Staates und der Gesellschaft keine Ahnung haben und meinen, es bedürfe nur großer Worte und Drohungen, dann werde es anders werden in unserer gegenwärtigen schlechten Zeit. Ihr Sprachrohr ist Adolf Hitler, nach der einen Lesart ein Maschinenbauer aus dem Norden, nach der anderen ein Kriegsteilnehmer, der sich nach 1918 den Dokortitel auf der Münchener Universität erworben hat. In jedem Falle ist er den politischen Unklaren und Zweifeln der „starke Mann“, den sie für ihre Zwecke benötigen können; aber im allgemeinen ist Hitler eine Figur, die nur in unserer Zeit politischen und kulturellen Tiefstundes als Dumm möglich ist. In einem Nationalsozialistischen Nationalsozialistischen Partei heißt es von ihm: „Er (Hitler) genießt in nationalen Kreisen ein ungeheures Ansehen. In ihm wird der befreiende Mann erblickt. Wenn er heute fünf Millionen will, bekommt er sie.“

So, so! Also leichten Bergens gewährt man ihm Millionenkredite. Aber wer gewährt sie? Da muß man deutlich werden: Es ist das Großkapital, welchem an der Zerrüttung der Arbeiter. Anstellen- und Beamtenorganisationen stark entgegen ist. Auf dem Umwege über Hitler will es keine Forderungen durchsetzen, und er ist ihm dazu der rechte Mann. Kein Wunder, wenn auch bürgerliche Blätter Baden von ihm entzückt sind und Artikel, wie den erwähnten, „Ein Abend bei Adolf Hitler“ Raum geben. Sie werden aber schwere Enttäuschungen erleben, denn die Arbeiterklasse ist auf dem Wachen. Sie weiß, was sie von Adolf Hitler, sowie vom Nationalismus zu halten hat. In Baden kann er sicher keine Geschäfte machen. Versteht er es, wird man ihn rasch wieder zum Verschwinden bringen.

Parlamentarische Landesversammlung. Am Montag, 18. Dezember, vormittags 9 Uhr, tritt im Sitzungssaal des Landtags die verfassunggebende Synode der israel. Landesversammlung zusammen. Bei dieser Tagung soll der Entwurf einer neuen Verfassung der israelit. Religionsgemeinschaft beraten und beschlossen werden.

Briefkasten der Redaktion

H. J. Hier. Die Mittelstellung war richtig, ging aber zu spät ein. Letzter Termin Donnerstag Abend.

Kuenheim. Die Postkarte erhielt mir Samstag nachmittags; sie trug den Poststempel: Rst 8. 12. 22. 9-10 B. Die Notiz am Samstag noch zu bringen, war also unmöglich.

Durlach. Auch Eure Karte ging erst Samstag nachmittags bei uns ein. Poststempel: Durlach 8. 12. 22. 8-9 B.

Wirtshausbesuch. Die Bürgermeisterämter sind berechtigt, auf Grund einer Verordnung des Ministeriums des Innern bezüglich des § 77 Pol.-Strafgesetzbuch den Schülern der Volkshochschulen den Besuch des Wirtshauses zu verbieten und bei Zuwiderhandlungen zu bestrafen.

Der Zug setzte sich bereits wieder in Bewegung. Offenbar hatte der Lokomotivführer Eile, die verlorene Zeit einzubringen. Mein Freund hatte das Wagenfenster geöffnet, um mich einmal zuzurufen.

„Wohin, Eyh! Wir sehen uns noch, in London! Du besorgst die Villetta; drei Stück!“

In diesem Augenblick fuhr er an der einzigen Laterne vorbei, die auf der Plattform steht. Das grelle Licht warf einen flackernden Schein noch einmal auf sein bleiches Gesicht, das es glänzte — heiter und voller Hoffnung.

Wahrhaftig, es tat mir weh. Ich fühlte, daß, wie Stof es genannt hatte, ein gutes Werk gelungen war.

Und es war so einfach, so leicht gewesen.

5. Die Sturmnacht

Ohne auf den Weg zu achten, ging ich nach dem Wirtshaus zurück. Der Sturm schien etwas nachgelassen zu haben; wenigstens folgten sich die brausenden Stöße nicht so häufig wie vor einer halben Stunde. In der Zwischenzeit gab mir genug zu denken. Das also war aus dem Kamele geworden, den wir in aller Freundschaft bewunderten und bewunderten. Ich hätte das Schöne und Gute auf, daß ihm das Glück in den Stof gemessen hatte; keine reizende Frau, keine Kinder, keine geschiedenen Augen, keine reizende Frau, keine Kinder, keine geschiedenen Augen, aber er entgegenging. Und dann dachte ich an das abgeordnete Gesicht, an den ängstlichen, scheuen Blick, mit dem er, kaum mehr kenntlich, neben mir herginge. Aber es konnte und mußte anders kommen. Der heutige Abend hatte den Anstoß zu einer Wendung zum Besseren gegeben.

In meinem Zimmer standen unter beiden Wirtshausfenster auf dem Tisch. Das seine war noch halb gefüllt. Ich weiß nicht, weshalb mir dies besonders auffiel; aber ich erinnere mich der Deuquung deutlich, die mich wie ein leiser, unerklärlicher Säuberer erlöste. Es war vielleicht nur die nächtliche Dezemberluft, die durch alle Ritzen des Hauses pfliff.

Das flüchte schien, zu weit zu gehen; doch es war zu früh, obgleich im Laufe schon tiefe Stille herrschte. Ich holte eine Monatszeitschrift aus meiner Reisetasche, die ich für mühsame Augenblicke mitgenommen hatte, stierte das Feuer auf und setzte mich in dem Großhüterstuhl des „Walden Wäldenlopes“ zurecht, um noch ein halbes Stündchen zu lesen.

(Fortsetzung folgt.)

Wahlkreis-Konferenz des Agitationsbezirks Karlsruhe

Abg. Schöppin über die äußere und innere Lage - Der neue Wochenbeitrag 25 M.

Im Zeichen positiver und praktischer Arbeit stand die Tagung, zu der sich am Sonntag die Delegierten der Parteimitglieder des Agitationsbezirks Karlsruhe-Wiesbaden in überaus großer Zahl im Saale des Restaurant Dierler in Karlsruhe eingefunden hatten. Für unsere Partei gibt es keine Ruhepause, kein Stillstehen; wohl gäben die nun abgeschlossenen Gemeindefestungen Anlaß zu dieser oder jener rückwärtigen Betrachtung; aber für was dies? Wir sind im Großen und Ganzen mit dem Ausfall der Wahlen zufrieden, unsere Genossen haben sich in allen Orten gegen den Ansturm des gesamten Bürgertums abgesetzt, haben an vielen Orten Boden gewonnen; sei es nicht steht allüberall unsere Organisation; diese Feststellung genügt. Nun wird weitergemacht und weitergekämpft. Und die Partei für den Weitermarsch, für die neuen Kämpfe, die wurde in der Konferenz am Sonntag ausgegeben. Unser Gen. Abg. G. Schöppin gab diese Worte in seinem vorzüglichen Referat über die innere und äußere Politik. In politischen Darlegungen legte Gen. Schöppin den aufmerksam folgenden Hörern die verkehrliche Politik der Entente und speziell Frankreichs gegenüber, wirkungsvoll schilderte er die furchtbare Einwirkung der Ententeleistungen auf die deutsche Finanzwirtschaft, um dann noch zum Schluß die gesellschaftliche Arbeit der Gegenrevolution, die von Bayern ausgeht, aus genauer Kenntnis aller Vorgänge ernst und eindringlich vor Augen zu führen und im Anschlusse hieran die Aufgaben abzuzeichnen, die der sozialistischen Arbeiterbewegung aus diesen Verhältnissen erwachsen. Eine Lebensfrage von Material brachte Gen. Schöppin bei, das den Genossen drinnen im Saale wertvolle Dienste bei ihrer Arbeit leisten wird. Entschlossen und kampfbereit mit den Führern verträglich, so dürfen wir den stimmungsvollen Beifall erwidern, mit dem die Delegierten dem Gen. Schöppin zustimmten.

Die praktische Auswirkung der Ausführungen des Abgeordneten unseres Kreises ergab sich sofort in der einstimmigen Annahme der vom Kreisvorstande vorgelegenen Forderung des Beitrages ab 1. Januar 1923 auf 25 M. die Woche für männliche und 10 M. für weibliche Mitglieder. Zum Kampfe gehört Geld. Und die Genossen stellen sich selbst das glänzendste Zeugnis aus daß sie geradezu mit einer gewissen Selbstverständlichkeit die Erhöhung des Beitrags für notwendig hielten, ja, es gab Stimmen, die für einen noch höheren Beitrag sich auszusprechen. Die einstimmige Annahme des vorgelegten des Kreisvorstandes ist um so höher anzuschlagen, wenn man berücksichtigt, daß unser Bezirk viele junge Mitglieder enthält, die noch mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen haben, und denen es sicher nicht leicht fallen wird, das Opfer zu bringen. Aber wir sind gewiß: die Genossen des Kreises werden dem einstimmigen Beschlusse ihrer Konferenz beistimmen. Der vorzeitige, entschlossene und kampfbereite Geist, der die Konferenz beehrte, wird sich fortsetzen in das Land hinaus, wird dort wirken und seine Früchte tragen. Zum Wohle der Republik und zum Wohle des Sozialismus!

Oesterreichische Arbeiterbewegung hat die nationale Ehre verteidigt. In Deutschland wieder aber das Kennzeichen der internationalen Arbeiterbewegung getroffen werden. Deshalb ist auch den englischen, belgischen und französischen Arbeitern bange vor dem geplanten Schritte Frankreichs.

Die Erhaltung Deutschlands ist Voraussetzung der Erhaltung der internationalen Arbeiterbewegung.

Wir müssen also eine Anleihe bekommen, einmal um Frankreichs Bedürfnisse befriedigen zu können, und dann, um die Welt stabilisieren zu können. Klar müssen wir uns aber darüber sein, daß in dem Augenblick, wo uns Hilfe wird, wir eine Wirtschaftskrise schlimmer Art bekommen werden, die sich mit voller Wucht auf die Arbeiterbewegung entladen wird. Inwiefern die Arbeiterbewegung die Krise abwehren kann, das hängt von ihrer Einheit, von ihrer Solidität und ihrer Aufrichtigkeit ab. Der erste Schritt, den wir machen müssen, ist die Erhaltung der Einheit. Wir müssen uns nicht in der Lage befinden, die Erhaltung der Einheit unter den Millionen ihrer neuen Anhänger zu leisten. Deshalb immer wieder die Mahnung: **Stet auf, lest die Arbeiterzeitung!**

Deutschlands Finanzlage.

Im Januar sah der Reichstag für das Reich in Ausgaben 90 Milliarden und in Einnahmen 115 1/2 Milliarden vor, also ein Ueberschuß von 25 1/2 Milliarden. Wenn die Reichsregierung diesen Stand beibehalten hätte, wäre wohl tatsächlich dieser Ueberschuß erzielt worden. Es kam aber ein Revers in Höhe von 843 Milliarden, so daß der Gesamtaufwand des Reiches auf 442 Milliarden lag. Die schwebende Schuld betrug am 2. Dez. 880 Milliarden Mark; es sind dies Zahlen, mit denen sonst nur Astronomen zu rechnen gewohnt waren. Dazu kamen dann die Ausgaben zur Erfüllung des Friedensvertrages geleistet: Barzahlungen 998 Millionen Goldmark, auf Grund der Revober-Akte 122 Millionen, an Rohstofflieferungen 179 Millionen, an Reparationen 70 Millionen, an Chemikalien 14 Millionen und Ausleihungszinsen 177 Millionen Goldmark.

Wirtschaft im Innern

Wir zahlen in diesem Jahre allein an Wertsachen und Versteuern 44 Milliarden 998 Millionen Mark, davon an 46 000 ehemalige Offiziere 27 Milliarden Mark! Es ist einfach auf die Dauer unmöglich, einem Leutnant, der nur einige Jahre im Dienst war, nun jährlich 187 000 M. Pension zu geben, einem Hauptmann 350 000 M., auch wenn er nur 2 Jahre als solcher Dienst tat; von den 250 Kommandierenden Generälen erhält jeder 237 000 M. jährlich. Und bei den Herrschaften die Unteroffiziere, beim Reichswehrminister angestellt, wie lange er noch in Stabsarzt bleiben sollte, denn die Uniform dürfte er nicht tragen und zu einem Zivilangestellten würde das Geld nicht. Wenn wir damit und Anstellung entlassen müssen, dann geht es nicht an, daß wir 27 Milliarden an Offizieren geben, die zum Teil noch jung und gesund sind und außerdem über beträchtliche Vermögen verfügen.

Der Steuerzustand des Reiches hat einen Entschluß gefaßt, der unerschütterlich ist, er beschloß eine Steuererhöhung für die höheren Einkommen. Es sei diesem Beschlusse gegenüber nur festzustellen: Im Jahre 1921 haben die Arbeiter und Angestellten 126 Stundenlöhne für ihre Steuer aufbringen müssen. Bräutchen die über ihre Steuer erst heute zu zahlen, dann hätten sie nur 8 Stundenlöhne aufzubringen. Hieran ersieht man am deutlichsten, welche gewaltigen Summen die Arbeiter der großen Vermögen gewinnen, die sich ihre Steuern stunden lassen und sie erst später zahlen. Die Bürgerlichen wollen dagegen die Umfassener um 2 1/2 Proz. erhöhen. Wir werden aber nicht dulden, daß die Konsumenten eine Erhöhung ihrer Last tragen sollen, während auf der anderen Seite die Verfassenden eine Ermäßigung ihrer Steuern erfahren sollten; wir werden entgegennehmen die Aufhebung der Umsatzsteuer verlangen.

Rechner wandte sich zum Schluß nun den politischen Verhältnissen im Reich an. Im November 1918 sind wir aus einem Jahrtausend alten Obrigkeitsstaat in eine demokratische Republik hineingekurzelt. Wägen wir nicht das Friedensdiktat bekommen, würde uns die Entente nicht so rücksichtslos ausbeuten, so wäre noch in Deutschland von einer

Antirevolutionäre Bewegung

nichts zu spüren. Wenn wir die gegenrevolutionäre Gefahr richtig einschätzen wollen, müssen wir auch begreifen, woher diese Gefahr kommt. Der heutige Nationalismus ist ein verzerrtes nationales Ideal, wie der Volkshomismus ein verzerrtes sozialistisches Ideal ist. Die Gefahr ist aber um so größer, je weniger die Arbeiter die Gefahr erkennen und solidarisch handeln. Der Kern der antirevolutionären Bewegung ist Bayern, das Kennzeichen ist die Organisation Hitler und die Organisation Oberland, letztere steht in Verbindung mit den Kommunisten. Es ist festzustellen, daß in Köln, Düsseldorf usw. bei den letzten Ausschreitungen die

Kommunisten Hand in Hand mit den Nationalsozialisten

arbeiten. Die bayerischen Verbände sind militärisch organisiert und bewaffnet, sie haben Wägen und Jagdgewehre. Auch in Württemberg sind die Verbände so, daß der dem Zentrum angehörende Innenminister nichts gegen die gegenrevolutionäre Bewegung tut. Im einzelnen bespricht der Redner dann die Verhältnisse in Baden. Die Regierung wird einer einseitigen Gefahr Herr werden wenn sie in der Arbeiterbewegung eine weitere Umorganisation zur Verfügung stellt, auf die sie sich stützen kann. Eine solche Umorganisation der Arbeiterbewegung, ähnlich wie anderwärts, ist in der Bildung begriffen.

Zum Schluß besprach dann Gen. Schöppin die Zustände in der Reichswehr. In einer Reihe von Beispielen zeigte er, welcher Geist in der Truppe herrscht.

Die Partei, so schloß Gen. Schöppin, steht den kommenden Dingen ruhig und ohne Nervosität entgegen. Wir werden am besten aller Gefahren Herr, wenn wir die Ruhe bewahren. Hauptfrage ist: Stärkung der Organisation, Stärkung der Presse! Die Gefahren sind groß, aber wir werden über Herr, wenn wir wollen. (Beifall der Versammlung.)

Ein Antrag, von einer Diskussion abgesehen, wird mit über großer Mehrheit angenommen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Organisation, Agitation und Beitragsfrage sprach kurz Gen. Parteisekretär Trinius. Der Redner gab eine

Reihe Vins und Anleitungen über den Ausbau der Organisation, Ausgestaltung der Agitation und Werbung für die Parteipresse. Sodann begründete er eingehend die Notwendigkeit der Erhöhung des Beitrags und schlug namens des Kreisvorstandes ab 1. Januar einen wöchentlichen Beitrag für Männer von 25 M., für Frauen von 10 M. vor; für Invaliden und nicht voll beschäftigte Mitglieder kann der Frauenbeitrag festgesetzt werden.

An die Ausführungen des Gen. Trinius schloß sich eine längere Aussprache, in der eine Reihe von Fragen besprochen wurden, so die der Sportvereine, Gewerkschaften, Jugend, Parteipresse u. s. f. Es sprachen die Gen. Kühn-Delgheim, Maier-Weingarten, Huber-Wolfsweiler, Sodt-Förzheim, Kreisemann-Eggenstein, Hettel-Vielgheim, Schöppin-Karlsruhe, Kunzmann-Wülfingen, Gahn-Mannheim, Schwaib-Wiesbaden und Krüger-Karlsruhe. Bezüglich des Beitrages herrschte nur eine Ansicht: Die Erhöhung ist notwendig und berechtigt. Und in diesem Sinne fiel auch die Abstimmung aus. Der vorgelegene Beitrag wurde einstimmig angenommen. — Damit hatte die in trefflich sozialistischem Geiste verlaufene Konferenz ihr Ende erreicht. Gen. Schöppin schloß die Tagung mit anerkennenden Worten und herzlichem Dank an die so zahlreich erschienenen Teilnehmer.

Aus dem Lande

Darfach

Frauenaktion der D.S.P. Dienstag, 12. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Schwaben eine Frauenversammlung statt. Neben einer wichtigen Besprechung ist das Erscheinen aller Genossinnen notwendig.

In der Parteiversammlung vom letzten Donnerstag wurde nach kurzen einleitenden Ausführungen des Gen. Müller eine recht lebhaft geführte Aussprache über den Ausfall der Gemeindefestungen geführt. Man kam zu dem Ergebnis, daß die fortgeschrittene Bewegung der sozialistischen Bewegung kaum ein Vorteil für die Arbeiterbewegung unteres Gemeindefestens kaum ein Vorteil sein dürfte, und daß die bürgerliche Mehrheit in der nächsten Zeit gegen manche in den letzten Jahren geschaffene Einrichtungen gemeinnütziger Natur antworten und sie zu befristigen suchen wird, zum Nachteil der Arbeiterkraft. Auch die Illusionen wurden von verschiedenen Seiten beleuchtet. Es wurde sodann zur Bezirkskonferenz Stellung genommen und die Gen. Keller und Storch als Delegierte bestimmt.

Erstmalig. Die seit dem 25. November vermehrte Dienstleistung des Königs in Söllingen in Stellung war, wurde bei Müller auf den Schienen auf aufgefunden. Sie hatte sich zum Zuge überfahren lassen.

Offenburg

Röh- und Hühner. Die hiesigen Frauenvereine und der Rentnerbund haben auf Veranlassung des hiesigen Fürsteneramts eine gemeinnützige Röh- und Hühneraktion eingeleitet. Die Arbeitstelle befindet sich im Hause Brühlstraße 2. Sie besteht aus den Frauen aller Stände Röh, Stroh, Stroh, Stroh und Stroharbeiten zu vermitteln. Wer solche Arbeiten aus- und laubend ausführen kann, melde sich in seinem eigenen Interesse an der Arbeitstelle. An die Bevölkerung ergeht die Bitte, das neuorganisierte Wohlfahrtsunternehmen durch Ueberlassung geeigneter Arbeiten zu unterstützen. Für pünktliche Ausführung wird Sorge getragen.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 11. Dezember

Geschichtskalender

11. Dezember. 1783-1817 † Der Dichter Max v. Schenkendorf. — Robert Koch, Begründer der Bakteriologie, in Klausthal. — 1920 Spaltung der Schweizer Sozialisten auf dem Berner Parteitag.

g. Winterfest. Vergangenen Donnerstag veranstaltete der Stillub Schwabwald Ortsgruppe Karlsruhe-Bahner eine und die Sektion Karlsruhe des Deutsch-Oesterreichischen Alpenvereins sein amtes Winterfest. Die Vorbereitungen zu diesem in allen Teilen so gut gelungenen Fest lag wie vergangenes Jahr in Händen des Herrn Apothekers Bierbach. Neben den auch vergangenes Jahr amtierenden Helfern, wie Kuchelmann und Kuchelmann (Wahlverfasser) sowie der nachgelieferten Engländer traten dieses Jahr hinzu Gebäckverkäuferinnen und im kleinen Festsaal eine kleine Bunte Bühne. Als Sänger fungierte hier Paul Müller, als Sängerin und Sänger traten auf Hel. Dete Siebert; Frau Denk-Warna, Lieber zur Laue (ein wenig leise) Herr und Frau Loh, im Tänzchen zeigte Frau Mertens-Leger ihre Kunst. Begleitung bei Solovorträgen Hel. Maria Lehner. Die beiden Veranstalter können auch dieses Jahr mit Stolz auf die zweite gelungene Veranstaltung zurückblicken, ist doch der Reingewinn, nach Abzug der hohen Ausgaben an den Stadtsäckel, dazu bestimmt, die gemietete Hütte im Winterparkgelände auszubauen und so der Jugend Gelegenheit zu bieten, dem schönen Skisport obliegen zu können, ohne gezwungen zu sein, in den teuren Unterkunftsstätten der Höhenkurorte des nördlichen Schwarzwaldes Wohnung zu nehmen. Die Wellmusik sowie die Musik im Kabarett und im Feldberghotel stellte die Harmoniekapelle unter Meister Rudolphs Gesamtleitung.

p. Diebstahl. Metall im Werte von 200 000 M. wurde in einem Betriebe der Südbahn in letzter Zeit durch einen Diebstahl entwendet. Er wurde wegen Diebstahls und 2 ledige Arbeiter sowie ein Schlosser, die ihm beim Diebstahl behilflich waren, wegen Diebstahls festgenommen.

p. Taschendiebstahl am Bahnhof. Am 8. Dezember wurde einer Frau an der Spitze am Hauptbahnhof von einem unbekannten Täter aus ihrer Handtasche die Geldmappe im Werte von 2000 M. mit folgendem Inhalt gestohlen: 1 Scheid von der Nationalbank in Reich über 800 000 M., 150 franz. Franken und etwa 2-400 M.

p. Unfall. Am Samstag vormittag wurde in der Schützenstraße die Ehefrau eines hiesigen Arbeiters von 2 Stunden angefallen. Sie stürzte zu Boden und erlitt einen rechtsseitigen Hüftgelenksbruch.

p. Diebstahl. In der Nacht vom 10. Dezember wurden durch eine Polizeistreife in der Ludwigsallee zwei ledige Tagelöhner ohne festen Wohnsitz angehalten und ihre Taschen kontrolliert. Dabei stellte sich heraus, daß die Wäpche im Werte von 20 000 M. aus einem Schatz in Rintheim gestohlen war. Die beiden Diebe wurden festgenommen.

Waldschnee

Die Waldschnee heute in der Schweiz ca. 0.6655 Cst. Auszahlung Holland notierte etwa 3340 M. per holl. Gulden. Auszahlung Schweiz notierte etwa 1885 M. per Schweiz. Fr. Auszahlung England notierte etwa 88 250 M. per Pfund Sterl. Auszahlung Frankreich notierte etwa 592 M. per franz. Fr. Auszahlung Newyork notierte etwa 8850 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 11. Dezember

Vorausichtliche Witterung: Volkig, doch teilweise aufhellend, in der Ebene neblig, meist trocken, vorübergehend Beschneidung des Frostes.

Genosse Stadtrat Schwert-Karlsruhe eröffnete anstelle des erkrankten Kreisvorstandes Weiser am 11.11.1922 die überaus gut besuchte Konferenz und gab sofort zum 1. Punkt der Tagesordnung

Sturmrisiken in der äußeren und inneren Politik

Das Wort dem Gen. Reichstagsabgeordneten Gg. Schöppin, der in 1 1/2 stündiger Rede etwa ausführte:

In London isten heute die Staatsmänner der Entente zusammen, um zu den Wirtschaft- und Finanzfragen ihrer Länder sowie Deutschlands Stellung zu nehmen. Die

Reichswehr Zusammenkunft

ist von wesentlich größerer Bedeutung als irgend eine der früheren Konferenzen, selbst wenn sie reaktionär verlaufen sollte. Die Dinge sind nachdrücklich anzusehen, vor allem für Deutschland; aber auch für Frankreich, das finanziell am Ende seines Latens ist; sein Defizit im Haushaltsbeiträge 2 Milliarden Franken, das sind 2000 Millionen Reichsmark. Auch für England werden die Zustände auf die Dauer unhaltbar. Die heutigen Machthaber Frankreichs heuern nun darauf hinaus, Deutschland in Stücke zu zerlegen. Ihr Ziel ist ein autonomes Rheinland. Das würde aber bedeuten, daß auch die Rheinlande sich vom Reich lösen würde, ebenso Schlesien, daß Bayern abhellen würde und Württemberg, Baden und Hessen einen selbständigen Staat bilden müßten; es wären aber abhängig von Frankreich. Das sind die Absichten der französischen Politik. Es gibt allerdings auch eine andere Stimmung in Frankreich, sie ist aber ohne Einfluß. Die französische Arbeiterbewegung ist ebenfalls ohnmächtig, sie hat sich radikalisiert, von einem ins andere Extrem treiben lassen, sie ist nun verpörrt und machtlos. Die einzige Hoffnung, daß Frankreich sein Ziel nicht erreicht, ist, daß Amerika mit Hilfe eines finanziellen Druckes Frankreich helfen anleitet. Von England ist wenig zu hoffen, es hat im eigenen Interesse Sorgen in Dülle und Fülle; außerdem ist die gegenwärtige Regierung antideutsch. Deshalb glaubt nun Poincaré aufzutumpfen zu können. Kommt er von London zurück, ohne seine Absichten durchgesetzt zu haben, dann ist er in Frankreich erledigt. Sein Nachfolger wird Loucheur sein, der französische Stinnes! Eine Regierung Loucheur heißt Abstand nehmen von der schlimmsten Gewaltpolitik, aber Schaffung eines

Kriegsruhe-Stinnes

Wirtschaftlich werden nachgehend große Probleme der Lösung entgegengeführt werden. Für die Arbeiterbewegung wird aber dann der Augenblick kommen, wo sie sich mit aller Macht wehren muß gegen wirtschaftliche Zustände, die selbst von Amerika nicht überleben werden.

Wenn es in London nicht gelingt, zu einer Vereinbarung zu kommen, die uns auf einige Jahre von allen Verteilungen befreit und uns eine große Anleihe beschafft, dann ist für Deutschland keine Rettung mehr möglich. Es wird dann ein ökonomischer Zusammenbruch von gewaltiger Wirkung folgen, in den aber nicht nur Deutschland, sondern auch Oesterreich, Polen, Frankreich mit hineingezogen werden, und auch England wird erschüttert werden. Poincaré will einer Anleihe zustimmen, aber er will Sicherheiten in Form von Wärdern; er will die deutschen Kohlen in die Hand bekommen, die deutsche Industrie soll dann ruiniert werden, um die eigene Industrie hochzurichten. Es ist kein Zweifel, daß ein großer Teil des deutschen Bürgertums sich die Kontrolle der Entente gefallen lassen wird. Stinnes und das große Unternehmertum werden sich die gewünschte und ersuchte Freiheit der Ausbeutung verschaffen, denn die französischen Kapitalisten haben die gleichen Interessen. Der deutsche Bürger wird zwar aufsehen, wie mit Hilfe französischer Wärdern die bestehende freiheitliche politische und wirtschaftliche Zustände beseitigt werden. In Oesterreich hat sich das Bürgertum ja auch alles gefallen lassen. Nur die

28

